

Einigung in Sichtweite

(Bitburg) Der Flugbetrieb auf dem Bitburger Flugplatz scheint vorerst gesichert. Die Bundesanstalt für Immobilien hat sich mit privaten Betreibern auf ein Konzept verständigt, das jetzt noch geprüft wird.

Bitburg Es ist fast so, als würde man im Luftraum über der Landebahn eine Runde nach der anderen drehen und darauf warten, dass endlich die Erlaubnis zur Landung kommt. Nur dass man in diesem Fall den Eindruck hat, dass sich das Flugzeug eine gefühlte Ewigkeit in der Luft aufhalten kann, ohne dass der Treibstoff knapp wird. Seit sich die Stadt Bitburg und der Kreis 2013 als Reaktion auf die gescheiterten Flughafen-Visionen des luxemburgischen Projektentwicklers Frank Lamparski aus der Flugplatz GmbH verabschiedet haben, ist die Gesellschaft komplett in privater Hand. Und fast genauso lange schon streitet sich diese GmbH mit der Bundesanstalt für Immobilien (Bima) um die Nutzung der Anlage. Der Flugplatz GmbH gehört nämlich lediglich der Tower, wohingegen die Bima nach wie vor Eigentümerin der Start- und Landebahn sowie des Rollfeldes ist.

Damit das Freizeitvergnügen einiger weniger nicht auf Kosten der Steuerzahler geht, verlangt die Bima 2014 für das Areal erstmals eine jährliche Pacht. Und zwar in Höhe von 250000 Euro. Das Problem ist nur, dass diese Pachtforderung aus Sicht der Flugplatz Bitburg GmbH völlig unangemessen ist. Weshalb die Angelegenheit schließlich vor dem Verwaltungsgericht landet, wo sich die Parteien schließlich darauf einigen, zwei Gutachter mit der Ermittlung des Pachtwerts zu beauftragen.

Die Ergebnisse dieser Gutachten liegen schon lange vor. Doch zur Höhe der darin ermittelten Werte wird mit Verweis auf das noch immer laufende Verfahren nach wie vor geschwiegen. Hin und wieder sickert etwas an Informationen durch. Nur ist das, was durchsickert, zum Teil recht widersprüchlich. So hieß es im vergangenen Sommer beispielsweise noch, die Ergebnisse der Gutachten lägen recht nahe beieinander. Das jedoch scheint so nicht ganz zu stimmen. Denn wie Frank-Michael Kreis, zuständiger Abteilungsleiter der Bima, nun erklärt, klafft zwischen den ermittelten Pachthöhen der beiden Gutachten durchaus eine nennenswerte Lücke. Und zwar im sechsstelligen Bereich.

Die große Differenz hängt laut Kreis mit den unterschiedlichen Blickwinkeln zusammen. Für die einen sei es ein Areal mit vorhandener Verkehrsinfrastruktur, für die anderen lediglich eine versiegelte Fläche, die landwirtschaftlich nicht genutzt werden könne, sagt Kreis. Aus diesem Grund sei nun aus beiden Gutachten der Mittelwert genommen worden, der als Verhandlungsgrundlage diene. Und wie der Bima-Mitarbeiter betont, habe man sich Mitte dieser Woche tatsächlich auf eine Lösung verständigt. "Die Beteiligten sind in der gestrigen Besprechung zu einer einvernehmlichen Regelung gelangt die nunmehr noch juristisch aufbereitet und geprüft werden muss", erklärt Kreis einen Tag danach.

Das bestätigt auch Eugen Wallesch, Geschäftsführer der Flugplatz GmbH. "Wir haben einen gemeinsamen Konsens gefunden, mit dem der Flugbetrieb auf absehbare Zeit gesichert werden kann", sagt er. Wer an diesem Konsens alles beteiligt ist, dazu will er

aber, genau wie Kreis, derzeit noch nichts sagen. Allerdings räumt Kreis auf Nachfrage ein, dass es eine "trilaterale Vereinbarung" gebe, an der mehrere Partner beteiligt seien. Und nach TV-Informationen gehört dazu auch Bernd Pohl, Betreiber der neben dem Tower ansässigen Fallschirmschule Firebird Skydiving, der für eine Stellungnahme allerdings nicht erreichbar war.

Der Bima-Abteilungsleiter rechnet aber damit, dass die juristische Prüfung in wenigen Wochen abgeschlossen sein wird und die Geheimniskrämerei damit endlich ein Ende hat. Er zeigt sich zuversichtlich: "Ich gehe mal davon aus, dass das so funktionieren wird."

Kommentar

Meinung

In der Realität landen und zahlen

Wer den Traum vom Fliegen leben möchte, sollte dazu auch das nötige Kleingeld mitbringen und sich seine Liebhaberei wie mit der kostenlosen Nutzung der Landebahn nicht von der Allgemeinheit bezahlen lassen. Deshalb sollten die Herren von der Flugplatz GmbH langsam mal auf dem Boden der Tatsachen landen und eine finanzielle Gegenleistung für die Nutzung des Areals leisten. Ansonsten wäre im Sinne des Gemeinwesens nach Alternativen, wie sich aus dem 200 Hektar großen Gelände in Bundeseigentum Kapital schlagen ließe, zu suchen. c.moeris@volksfreund.de